

NACHRICHTEN

Yves Rossier tritt zurück

DIPLOMATIE sda. **Yves Rossier** (51) tritt als Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ab. Er habe Aussenminister **Didier Burkhalter** um eine Versetzung auf einen Botschafterposten gebeten, teilte ein EDA-Sprecher am gestrigen Abend mit. Wie einem internen Schreiben von Burkhalter an die EDA-Mitarbeiter zu entnehmen ist, wird der Bundesrat im Herbst über die neuen Botschafter-Ernennungen beraten. Dann wird sich entscheiden, welchen Posten Rossier erhält. Rossier bleibe aber wahrscheinlich noch bis Ende Jahr Staatssekretär.

Rückgang bei Asylgesuchen

HOCHRECHNUNG sda. Das Staatssekretariat für Migration geht davon aus, dass im laufenden Jahr in der Schweiz insgesamt rund 30 000 Asylgesuche eingehen. Das wären 10 000 weniger als im vergangenen Jahr. Das steht in einem Brief, den Staatssekretär **Mario Gattiker** am Donnerstag an die kantonalen Justiz- und Polizei- sowie die Sozialdirektoren geschickt hat. Unvorhergesehene Entwicklungen seien aber nach wie vor nicht ausgeschlossen, schreibt Gattiker. Deshalb seien die Arbeiten rund um die Notfallplanung unbedingt weiter voranzutreiben.

Trainingsflug abgebrochen

PILATUS PORTER sda. Die Besatzung einer Pilatus Porter PC-6 der Schweizer Luftwaffe hat am Donnerstag einen Trainingsflug abbrechen müssen. Grund war ein defektes Display. Der Pilot brachte die Maschine sicher auf den Flugplatz Dübendorf ZH zurück. Während des Fluges unter Sichtbedingungen hatten sich plötzlich alle Displays der elektronischen Geräte im Cockpit komplett verdunkelt, teilte die Luftwaffe gestern mit. Die über 40 Jahre alten Maschinen werden derzeit modernisiert. Bis der Grund für das Problem gefunden sei, werde der Flugbetrieb mit den umgebauten PC-6 eingestellt.

Kommission will weitere Lockerung

ARBEITSZEITERFASSUNG sda/red. Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK) möchte die Regelung zur Arbeitszeiterfassung weiter lockern. Sie hat zwei parlamentarischen Initiativen des Luzerner CVP-Ständerates **Konrad Graber** und der St. Galler FDP-Ständerätin **Karin Keller-Sutter** zugestimmt. Graber fordert, dass die heutigen Vorschriften über Ruhezeiten und Wochenarbeitszeiten im Dienstleistungssektor aufgeweicht werden (Ausgabe vom 14. August). Die WAK hat sich mit 10 zu 3 Stimmen für die Initiativen ausgesprochen. Stimmt die nationalrätliche Schwesterkommission zu, kann die WAK eine Gesetzesvorlage ausarbeiten.

An die Realität anpassen

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, die Regeln müssten an die heutige Realität angepasst werden. Die bisherigen Erleichterungen reichten nicht. Die Lohngrenze sei zu hoch. Zudem könnten nicht alle Branchen die neuen Bestimmungen nutzen. Die Minderheit argumentiert, es gebe auch mit den geltenden Bestimmungen ausreichend Möglichkeiten für eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Der Bundesrat hatte die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung erst vor kurzem gelockert. Unter anderem müssen Angestellte mit einem Bruttoeinkommen von über 120 000 Franken, die ihre Arbeitszeiten mehrheitlich selber bestimmen können, ihre Arbeitsstunden seit Anfang Jahr nicht mehr erfassen.

Rentenalter 67 erzürnt Linke

BERN Das Rentenalter soll schrittweise auf maximal 67 Jahre steigen, wenn die Politik die erste Säule nicht saniert. Die Linke hofft auf Aufwind für ihre AHV-Initiative.

TOBIAS GAFAFER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Selten standen die Nationalräte Ignazio Cassis (FDP, TI) und Thomas de Courten (SVP, BL) derart im Rampenlicht wie gestern Nachmittag. Der Präsident der Sozialkommission (SGK) und sein Vize informierten im Medienzentrum über deren Beschlüsse zur Rentenreform. Diese schlägt eine zweistufige Schuldenbremse für die AHV vor. Demnach muss der Bundesrat Sanierungsmassnahmen vorschlagen, wenn die AHV in finanzielle Schieflage gerät. Gelingt dies nicht, tritt ein Automatismus in Kraft. Damit würde das Rentenalter bis zu vier Monate pro Jahr auf maximal 67 Jahre erhöht. Die Idee stammt von den grossen Wirtschaftsverbänden. Parallel würde die Mehrwertsteuer um bis zu 0,4 Prozent angehoben. Wenn überhaupt, würde die Schuldenbremse erst ab 2035 wirksam, relativiert Cassis. Den Antrag stellte Bruno Pezzatti (FDP, ZG), die Idee stammt vom Arbeitgeberverband und dem Luzerner Professor Christoph Schaltegger.

Zünglein an der Waage

Die Schuldenbremse ist nicht die einzige Differenz zum Ständerat. Während dort eine Allianz zwischen der CVP und der Linken die Vorlage prägte, setzen sich nun meist knapp FDP, GLP und SVP durch. Das Zünglein an der Waage spielte dem Vernehmen nach der kaum bekannte Thomas Weibel (GLP, ZH). So lehnt die nationalrätliche SGK die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken im Monat und des Plafonds der Ehepaarrente von 150 auf 155 Prozent ab. Damit wollte der Ständerat die geplante Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge kompensieren.



Ein höheres Rentenalter – vor allem ein Wunsch aus der Wirtschaft. Getty

ren. «Wir wollen keine Querkompensation», sagte Cassis. Stattdessen möchte die SGK gezielt Ausfälle für tiefe und mittlere Einkommen kompensieren, etwa mit Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte in der zweiten Säule. Zudem will sie primär bei tieferen Einkommen die AHV-Renten von Frauen erhöhen.

Weitere Reform notwendig

Zur Stabilisierung der AHV sind auch Mehreinnahmen nötig. Im Vergleich zum Ständerat setzt die SGK aber stärker auf tiefere Ausgaben. Unter anderem sollen Selbstständigerwerbende bei der AHV nicht mehr privilegiert werden. Sparen will die SGK bei den Witwen- und Kinderrenten. Die Mehrwertsteuer soll für die

AHV dagegen «bloss» um 0,6 Prozent erhöht werden. Dies bringt immer noch Mehreinnahmen von jährlich 2,1 Milliarden Franken, ist aber nicht genug. Finanziell steht die AHV mit der Variante der SGK schlechter da als mit jener des Ständerats. Das Umlageergebnis, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der AHV, beläuft sich bis 2030 auf minus 2,6 Milliarden Franken. «Spätestens 2028 ist eine neue Reform nötig», sagte Thomas de Courten.

SP-Präsident Christian Levrat und Ständerat Paul Rechsteiner (SP, SG), Präsident des Gewerkschaftsbundes (SGB), kritisierten die Beschlüsse der SGK scharf und sprachen von einem «Rentenmassaker» durch die Mitte-

rechts-Mehrheit. Der SGB und die SP erhoffen sich dadurch Aufwind für die linke Initiative AHV plus, die alle Renten der ersten Säule um 10 Prozent erhöhen will. Das Stimmvolk entscheidet Ende September.

Das letzte Wort zur Rentenreform ist noch länger nicht gesprochen. Der Nationalrat entscheidet in der letzten Woche der Herbstsession. Danach ist wieder der Ständerat am Zug, wo die AHV-Schuldenbremse keine Mehrheit finden dürfte. Die CVP will die Massnahme in der aktuellen Reform ablehnen. Konrad Graber (CVP, LU), Präsident der ständerätlichen SGK, rechnet mit einem Kompromiss zwischen beiden Räten.

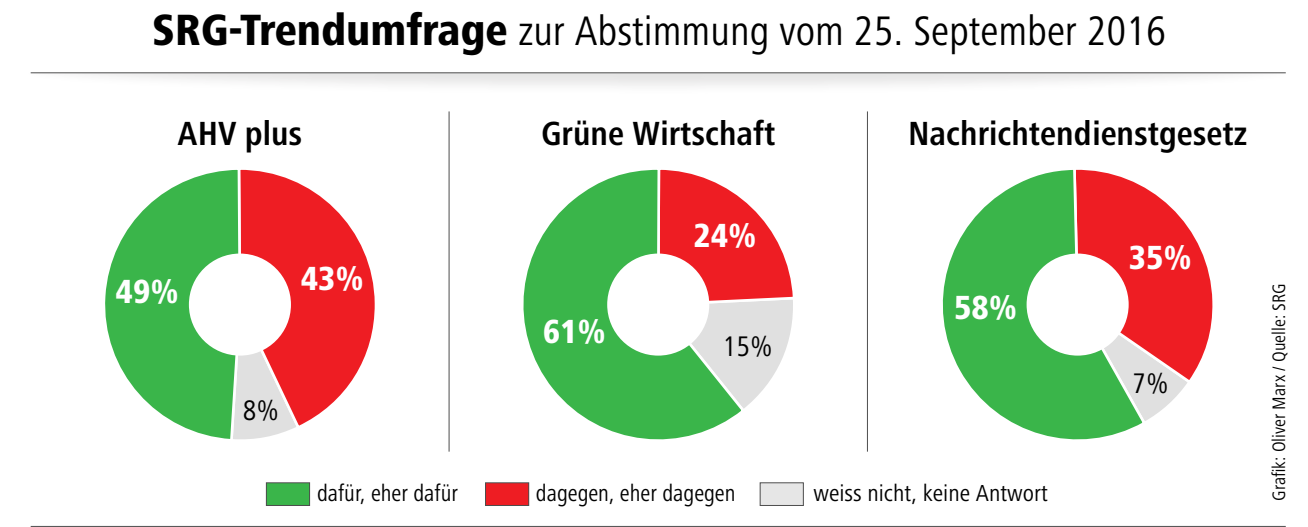
Überall haben die Befürworter die Nase vorn

UMFRAGE Die Initiative «Grüne Wirtschaft» stösst auf viel Beifall. Zustimmung finden auch die AHV-Initiative und das Nachrichtendienstgesetz.

sda. Wäre letzte Woche abgestimmt worden, hätten 61 Prozent bestimmt oder eher ein Ja zum Begehren der Grünen in die Urne gelegt, 24 Prozent ein Nein. Das zeigt die erste SRG-Trendumfrage zur Abstimmung vom 25. September, die vom Forschungsinstitut gfs.bern durchgeführt wurde. Die Gewerkschaftsinitiative AHV plus kann gemäss den am Freitag publizierten Zahlen auf keine gesicherte Mehrheit zählen. 49 Prozent wollen dafür stimmen, 43 Prozent dagegen. Das Nachrichtendienstgesetz hingegen würde mit 58 Prozent Ja das Rennen machen.

Stimmungsumschwung möglich

Zwar startet das Ja-Lager der grünen Initiative mit einem klaren Vorsprung von 37 Punkten in die heisse Phase des Abstimmungskampfs. Doch sind die Meinungen noch nicht gemacht. Das zeigt auch der hohe Anteil an Unentschiedenen (15 Prozent). Bei den Befürwortern punktet in erster Linie das Argument, der Ressourcenverbrauch müsse gesenkt werden, um die Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Nein-Seite stösst sich an der «Bevormundung der Konsumenten». Dass die Kosten nicht tragbar sein sollen, glaubt nicht einmal ein Drittel der Befragten. Neben den Grünen steht auch bei SP, CVP und FDP eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter der Vorlage. Selbst bei der SVP überwiegt das Ja, wenn auch nur relativ. Bei CVP und FDP



halten die Politologen einen Konflikt zwischen der Basis und den ablehnenden Parteieliten für denkbar.

In der deutschsprachigen Schweiz bekam die Initiative in der ersten Welle der SRG-Befragung die höchste Zustimmung, in der italienischen die geringste. Die französischsprachige Schweiz liegt dazwischen. Zudem geben sich deutlich mehr Frauen (70 Prozent) als Männer (53 Prozent) als Befürworter zu erkennen.

AHV-Initiative: Uneinheitliches Bild

In der letzte Woche publizierten Tamedia-Erhebung wurde die grüne Initiative nur von einer relativen Mehrheit von 49 Prozent unterstützt. Das Nein-Lager kam auf 33 Prozent. Gerade umgekehrt verhält es sich bei der Initiative AHV plus. Laut der Online-Befragung des Medienhauses wollen 60 Prozent der Teilnehmenden dafür und 32 Pro-

zent dagegen stimmen. Hier sagt gfs.bern ein engeres Rennen voraus. Die Ergebnisse deuten seiner Ansicht nach eher auf eine Nein-Mehrheit am Abstimmungstag hin. Die Ja-Seite startet demnach mit einem Plus von 6 Punkten in die Endrunde. Nur 8 Prozent sind noch unentschieden. Das spricht gemäss den Berner Forschern für eine mittel bis stark entwickelte Meinungsbildung.

Hauptgrund sei das Thema selber, denn die Auswirkungen bekämen viele direkt zu spüren, schreibt gfs.bern. Zudem werde häufig über sozialpolitische Fragen abgestimmt, bei denen entlang der Links-rechts-Achse entschieden wird. Die Wähler von FDP und SVP sind denn auch mehrheitlich gegen die Gewerkschaftsinitiative, jene von SP, Grünen und CVP dafür. Die Basis der CVP stellt sich somit auch hier gegen die Parteielite, welche am

Samstag voraussichtlich die Nein-Pa-role fassen wird.

Ein deutlicher Unterschied tritt zwischen den Altersgruppen zutage. Die heutigen Rentner sind mehrheitlich für das Vorhaben, die Befragten unter 40 Jahren mehrheitlich dagegen.

Gute Ausgangslage für NDG-Gesetz

Auf eine solide Ja-Mehrheit können die Befürworter des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) hoffen. Sie gehen in der SRG-Umfrage mit 23 Punkten Vorsprung in die Ausmarchung. Unschlüssig, was sie stimmen sollen, sind lediglich 7 Prozent. Bereits in der Tamedia-Studie hatten sich 55 Prozent der Teilnehmer für die Behördenvorlage ausgesprochen, 38 Prozent waren dagegen. Gegen das NDG-Gesetz hat ein linkes Komitee das Referendum ergriffen.

An der Online-Umfrage von Tamedia beteiligten sich rund 11 000 Personen.